

Medienkonferenz vom 26. November 2021

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **«Es gibt keinen Spielraum für einen weiteren Ausbau des Sozialstaats»**

**Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband**

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie im Namen unserer drei Wirtschaftsdachverbände herzlich zur Medienkonferenz und bedanke mich für Ihr Interesse. Dass ich unser heutiges Anliegen Seite an Seite mit meinen Präsidenten-Kollegen von *economiesuisse* und Gewerbeverband vertreten darf, freut mich besonders. Als Dienstältester in dieser Runde habe ich nach der Wahl von Herrn Mäder und Herrn Regazzi die Initiative ergriffen, um die Zusammenarbeit zwischen unseren drei Dachverbänden zu verbessern. Das soll bei uns dreien hier vorne beginnen. Wir wollen eine Zusammenarbeit pflegen, die von gegenseitigem Respekt und dem Verfolgen von gemeinsamen Zielen geprägt ist. Die Ausgangslage dafür war in meiner über zehnjährigen Amtsdauer beim Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) noch nie so gut wie jetzt.

Ein solcher Esprit ist notwendig, denn für die Schweizer Wirtschaft steht einiges auf dem Spiel. Auf den ersten Blick sind zwar viele Verschlechterungen nicht unmittelbar erkennbar. An unserem Wohlstandsgebäude sind nur vereinzelte Haarrisse sichtbar. Doch bei genauerem Hinsehen liegt einiges im Argen, angefangen bei unserem Verhältnis zur EU, das derzeit leider in einem heiklen Schwebezustand ist. Wir müssen also jetzt vorsorgen und Kurskorrekturen vornehmen: *gouverner, c'est prévoir*.

Dies beginnt damit, dass wir die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaftsordnung unserer Volkswirtschaft für die Post-Corona-Ära unter die Lupe genommen haben. Unser Befund ist eindeutig: Die Schweiz braucht eine Vitalisierungskur, will sie für die rasanten Veränderungen in einer globalen, hochtechnisierten Welt gerüstet sein. Mit einem solchen Programm kommen wir allerdings nur dann richtig voran, wenn die Wirtschaft mitmacht – und zwar gemeinsam und mit einer Stimme. Diesen Schulterschluss haben wir erreicht. Dank der Einsicht und des Willens der drei Verbände, die wir repräsentieren, können wir Ihnen heute unsere wirtschaftspolitische Agenda vorstellen. Darin finden sie unsere beschlossenen Ziele und Stossrichtungen für die nächsten Jahre. Das gemeinsam verabschiedete Programm verstehen wir übrigens ausdrücklich als ein Signal an die Politik. Wir rufen alle reformwilligen Kräfte auf, es uns gleichzutun. Gerade im bürgerlichen Lager liegt vermutlich noch einiges Potenzial brach.

Unseren grössten Feind finden wir sozusagen in den eigenen Reihen: Es ist die immer mehr um sich greifende Wohlstandssättigung, die uns selbstgefällig, bequem und einige von uns auch wirtschaftsfeindlich werden lässt. Umso mehr braucht es gemeinsames und entschlossenes Handeln der wichtigen Institutionen, um den Wohlstand in unserem Land zu erhalten. Was das für unsere drei Dachverbände bedeutet, werden wir Ihnen jetzt erläutern.

Sehr geehrte Medienschaffende

Lassen Sie mich ein paar Dossiers aus den Kernbereichen des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV) herausgreifen, die ihren Niederschlag in der Wirtschaftspolitischen Agenda gefunden haben. Beim SAV liegt der Fokus bekanntlich auf dem Arbeitsmarkt, der Bildung und der Sozialpolitik.

Das digitale Zeitalter und eine global vernetzte Wirtschaft ermöglichen flexiblere Arbeitsformen. Die Corona-Pandemie hat das zeitlich und örtlich unabhängige Arbeiten für viele beschleunigt und ist mittlerweile breit akzeptiert. Deshalb ist die Vergrösserung dieser Gestaltungsfreiheit in die Wirtschaftspolitische Agenda eingeflossen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen – insbesondere im gegenseitigen Einverständnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie unter Wahrung des Gesundheitsschutzes – besser an die künftigen Bedürfnisse anpassen. So wird etwa die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser verankert. Eine grössere Flexibilität ist zudem bei der Arbeitszeiterfassung angebracht. Nachdem der Bundesrat auf unser Anraten die rigorose Erfassungspflicht anfangs 2016 für Branchen mit einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) gelockert hat, sollen in einem zweiten Schritt auch jene Branchen profitieren, die ohne einen GAV auskommen. Diese Gleichbehandlung sollte an sich selbstverständlich sein.

Beim Schweizer Sozialstaat steht für die Arbeitgeber und in der Politik die Altersvorsorge im Vordergrund. Die Vorlage zur Revision der AHV (AHV 21) ist im Parlament weit fortgeschritten. Mit der Behandlung in der kommenden Wintersession scheint es realistisch, dass die Reform zur ersten Säule abgeschlossen und im nächsten Herbst dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Unsere drei Dachverbände warten gespannt, für welche Ausgleichsmassnahmen sich die beiden Räte wegen der Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre entscheiden werden. Unsere drei Verbände haben bereits mehrfach öffentlich betont, dass die Ausgleichszahlungen in dieser Höhe nicht akzeptabel sind. Kategorisch dagegen sind wir, wenn Gelder der Nationalbank, wie jetzt in Diskussion, abgezweigt und zweckentfremdet zum Stopfen von einigen AHV-Löchern verwendet werden.

Vorbehalte melden alle drei Verbände auch bei der Reformvorlage zur zweiten Säule an, die im Vergleich zur AHV noch in einem frühen Stadium der Beratungen im Parlament ist. Die Wirtschaftsverbände sind sich einig, dass nach der jahrzehntelangen Reformblockade eine BVG-Reform dringend notwendig ist. Deshalb unterstützen Sie die Reduktion des rentenbildenden Mindestumwandlungssatzes ebenso wie eine Stärkung der beruflichen Vorsorge für Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigte. In einzelnen Detailfragen wie etwa der konkreten Ausgestaltung der Ausgleichszahlungen bestehen derzeit zwar noch unterschiedliche Vorstellungen. Einig sind wir aber bei der Stossrichtung. Die Kompensation muss erstens zielgerichtet erfolgen. Zweitens darf sie nicht mit weiteren, allenfalls wünschbaren Elementen ergänzt werden, welche die Reformchancen schmälern.

Generell mangelt es nicht an kreativen Ideen zum weiteren Ausbau des Sozialstaats. Um nur einige Stichworte zu erwähnen: Leistungsausbau im BVG, 13. AHV Rente, Einführung Elternurlaub, soziale Absicherung von Selbstständigerwerbenden, obligatorische Krankentaggeldversicherung, Einführung eines Wiedereingliederungsfonds. Der Katalog scheint immer länger zu werden, obwohl in den vergangenen Jahren die soziale Absicherung nochmals massiv verbessert wurde. Zu nennen sind beispielsweise die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose, die Weiterversicherung von älteren Mitarbeitenden in der bisherigen Pensionskasse, die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs oder eines Betreuungsurlaubs. Deshalb werden wir uns allen weiteren Vorstössen nach einer überbordenden sozialen Absicherung konsequent entgegenstellen. Neben der Sanierung der ersten und zweiten Säule gibt es keinen Spielraum für einen weiteren Ausbau des Sozialstaats.

Sorge tragen müssen wir auch zu unserem dualen Bildungssystem. Es ist ein wesentlicher Pfeiler des Erfolgs der Schweizer Wirtschaft, um den wir auch international beneidet werden. Die Arbeitgeber wis-



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

sen um diese Stärke uns sind vor allem in der Berufsbildung stark engagiert. In der beruflichen Grundbildung sind sie ein Garant für praxisnahe und bedarfsgerechte Ausbildungen. Dies erklärt auch, weshalb die Berufseinsteiger nach dem Abschluss einer Lehre auch im internationalen Vergleich über die Zeit eine hohe Erwerbsquote und eine niedrige Erwerbslosigkeit ausweisen.

Die Arbeitgeber spielen zudem bei der berufsorientierten Weiterbildung eine Hauptrolle. Aktiv fördern sie vor allem Lehrgänge, deren Themen auch vom Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Die Arbeitgeber tragen so zu einem passenden Angebot an Bildungsgängen bei und unterstützen die berufliche Mobilität der Arbeitnehmer.

Leider müssen wir feststellen, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung etwas aus dem Lot gerät. Wir haben uns darum in der wirtschaftspolitischen Agenda darauf verständigt, dieser Schieflage entgegenzuwirken. Deshalb werden wir Massnahmen zur Stärkung der höheren Fachschulen, aber auch der höheren Berufsbildung unterstützen.